

AfD-Fraktion der Stadt Burgdorf



Herrn Bürgermeister
Armin Pollehn
Rathaus II
Vor dem Hann. Tor 1
31303 Burgdorf

Burgdorf, 04.11.2020

Antrag gemäß Geschäftsordnung: AfD-Position: Seebrücke fördert Schlepper

— Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Im Namen der Alternative für Deutschland, Fraktion Burgdorf, beantragen wir:

Den Antrag der Gruppe SPD - B'90/Die Grünen - WGS - Freie Burgdorfer „Die Stadt Burgdorf wird ein Sicherer Hafen“ abzulehnen und über unseren Antrag abstimmen zu lassen.

Begründung:

— Inmitten der Corona-Krise primär an die weitere Forcierung illegaler Migration zu denken, anstatt den Fokus auf die akuten Probleme der eigenen Bevölkerung zu legen, verwundert doch sehr, werte Kollegen der Gruppe SPD - B'90/Die Grünen - WGS - Freie Burgdorfer.

Burgdorf hat nun selbst große Probleme. Ein Beitritt zu dieser ideologischen Initiative kommt zum denkbar ungeeignetsten Zeitpunkt. Die Herausforderungen, die uns die Corona-Krise stellt sind unter anderem Kurzarbeit, steigende Arbeitslosenzahlen und allgemeine wirtschaftliche Not – auch in unseren öffentlichen Kassen. Wir haben einen ganzen Katalog von Dingen, die es anzugehen gilt, bevor man über jene nachdenkt, die noch keinerlei Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet und dem Grundgesetz nach ohnehin größtenteils keinen Asylanspruch haben. Diesen Lösungen sieht sich jedenfalls die AfD prioritär viel mehr für unsere Bürger verpflichtet.

— Die Rettung von Wirtschaftsflüchtlingen im Mittelmeer, wie sie von Seebrücke unterstützt wird, Dubiose Nichtregierungsorganisationen und linksradikale Hobbykapitäne die wie ein Shuttleservice auf dem Mittelmeer fungieren unterstützen das Schleppertum. Diese Antifa-Initiative fördert massiv einen Pull-Effekt auf die illegale Migration über das Mittelmeer. Das führt zu verstärkten Wanderungsbewegungen und alle Unterstützer fungieren als Gehilfen für Schlepper. Jeder der mal einen Bootsführerschein gemacht hat, weiß um die Bedeutung der Seenotrettung. Das hier ist keine, weil vorsätzlich herbeigeführt. Auch wenn die „Gruppe“ meint, sich über Bundesrecht hinwegsetzen zu müssen. Damit sorgen Sie höchstens für noch mehr Tote und machen sich der Beihilfe schuldig. Wollen sie wirklich mit diesem Antrag zum Rechtsbruch aufrufen oder diesen begünstigen bzw. unterstützen? (Mögliche Strafanzeigen wegen Verstößen gegen § 96 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) („Einschleusen von Ausländern“) sowie § 97 („Bandenmäßiges Einschleusen“).

AfD-Fraktion der Stadt Burgdorf



Das Ganze ist allerdings keine Frage für den Stadtrat, sondern für die Entwicklungspolitik des Bundes und in einem ganz stark begrenzten Umfang, bilaterale Initiative des Landes. Wenn die „Gruppe“ nicht die letzten Reste ihrer einstigen Kernklientel, der arbeitenden Bevölkerung, an die AfD verlieren will, dann ist sie gut beraten, sich in erster Linie vor Ort um die infolge der Corona-Krise noch zunehmenden Probleme zu kümmern.

Wir als AfD-Fraktion Burgdorf werden diesen kriminellen, verbrecherischen Machenschaften auf keinen Fall zustimmen und fordern die übrigen Fraktionen auf, es der AfD gleich zu tun.

Eine Klage behalten wir uns vor.

Wir bitten den Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Braun

Fraktionsvorsitzender AfD

Stefan Lentz

stellv. Fraktionsvorsitzender AfD